Wissenschaftler befürchten negative Auswirkungen auf die frühkindliche Bildung

Bildungsbericht warnt vor der Herdprämie

Das geplante Betreuungsgeld behindert den Ausbau von Kindertagesstätten und Krippen. Es schafft falsche Anreize, verschwendet knappe finanzielle Ressourcen und gefährdet die frühkindliche Bildung vor allem in sozial benachteiligten Familien. Zu diesem Schluss ist jetzt der nationale Bildungsbericht gekommen. Die Ergebnisse des Berichtes, der alle zwei Jahre gemeinsam vom Bundesbildungsministerium und der Kultusministerkonferenz in Auftrag gegeben wird, präsentierten namhafte Wissenschaftler Ende Juni in Berlin.

Seit vielen Monaten geht der Streit um die – abfällig genannte – Herdprämie durch die politischen Lager. Der Gesetzentwurf sieht monatliche Zahlungen an Eltern vor, die ihre unter drei Jahre alten Kleinkinder zu Hause betreuen anstatt sie in eine staatlich geförderte Krippe zu geben. Für Zweijährige sollen demnach ab dem nächsten Jahr 100 Euro gezahlt werden. Ab 2014 sind monatlich 150 Euro für Zwei- und Dreijährige geplant.

Nachdem die erste Lesung des Gesetzentwurfes im Bundestag im Juni wegen mangelnder Beschlussfähigkeit gescheitert ist, haben die Kritiker des Betreuungsgeldes nun mit der Veröffentlichung des Bildungsberichtes Unterstützung von höchstwissenschaftlicher Seite erhalten.

Der dringende Ausbau von Kindertagesstätten, der künftig geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige sowie die zwingend notwendigen qualitativen Verbesserungen in Kindertagesstätten und Krippen stellten jetzt bereits eine große finanzielle Herausforderung dar, argumentieren die Wissenschaftler. Bei zusätzlichen Sozialleistungen bestehe deshalb die Gefahr, dass keines der angestrebten Ziele zufriedenstellend erreicht werden könne, heißt es weiter.

Ihre Analyse stützen die Wissenschafter auf Studien, die die Förderung frühkindlicher Bildung durch den Besuch staatlicher Betreuungseinrichtungen klar belegen. Demnach werden hierzulande etwa ein Viertel der drei- bis siebenjährigen Kinder als „sprachförderungsbedürftig“ eingestuft. Betroffen sind in besonderem Maße Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus bildungsfernen oder sozial benachteiligten Elternhäusern.

Die geplante Herdprämie verschwendet Mittel und schafft falsche Anreize

Die Wissenschaftler stellten außerdem fest, dass Kinder in aller Regel über einen Lernvorsprung von gut einem Schuljahr gegenüber anderen Gleichaltrigen verfügen, wenn sie vor ihrer Einschulung mindestens drei Jahre eine Kita besucht haben.

Foto: Uschi Hering/fotolia

Kita-Kinder, die von ihren Eltern unterstützt werden, haben die größten Bildungschancen.

Am stärksten können Kinder durch den Kita-Besuch gewinnen, wenn sie aus Familien mit hohem Bildungsniveau kommen. Eltern, die sich durch Vorlesen und Geschichten erzählen um die Vorbildung ihrer Kinder kümmern, potenzieren deren Chancen. Das bedeutet gleichzeitig: Kinder, die diese elterliche Unterstützung nicht erhalten und außerdem keine Kita besuchen können, werden hinsichtlich ihrer Bildungsmöglichkeiten doppelt benachteiligt.

Das Betreuungsgeld setzt die Beschäftigungsquote von Frauen herab

Die aktuellen Ergebnisse des nationalen Bildungsberichtes belegen insofern klar die Befürchtungen der Herdprämien-Gegner.

Abgelehnt wird die von Familienministerin Kristina Schröder und der CSU befürwortete Sozialleistung nicht nur von der Opposition. Auch in der Regierungskoalition selbst ist das Betreuungsgeld umstritten. Zu einem deutlichen Negativ-Ergebnis kam vor Kurzem zudem die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in einer entsprechenden Studie. Dabei bezogen sich die Wissenschaftler auf Erfahrungen aus Ländern, die diese Art von „Familienunterstützung“ bereits praktizieren. Ihr Fazit: Ein Zuschuss wie das Betreuungsgeld setzt die Beschäftigungsquote von Frauen herab und wirkt sich verschlechternd auf die Integration von Zuwanderern aus.

Chancenungleichheit sozial benachteiligter Kinder wird vertieft

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) warnt bereits seit Beginn der Debatte vor den Folgen des Gesetzesvorhabens. So hat SoVD-Präsident Adolf Bauer frühzeitig auf die Gefahr der Vertiefung der Chancenungleichheit durch die Herdprämie hingewiesen: „Es werden Mittel für ein Betreuungsgeld verpulvert, das die Bildungsungerechtigkeit in Deutschland weiter vertieft. Kinderkrippen sowie Kitas auszubauen und qualitativ zu verbessern, sind dringend erforderliche Maßnahmen, um frühkindliche Bildung und Sprachförderung finanziell benachteiligter Familien zu stärken. “

Foto: Kaarsten/fotolia

Kinder, die vor ihrer Einschulung mindestens drei Jahre eine Kita besucht haben, verfügen in der vierten Grundschulklasse in der Regel über einen Lernvorsprung von gut einem Schuljahr.

Nach Schätzungen des Familienministeriums werden derzeit in Deutschland rund 620 000 Betreuungsplätze angeboten. Gerechnet wird gleichzeitig mit 160 000 fehlenden Plätzen für unter Dreijährige. Die Berechnungen der Kommunen sind noch dramatischer: Sie gehen von 200 000 fehlenden Plätzen aus. Außerdem müssten rund 14 000 zusätzliche Erziehungskräfte und mindestens 16 000 Tagesmütter und -väter ausgebildet werden, um eine qualitativ ausreichende Betreuung zu gewährleisten.

Der SoVD fordert aus diesem Grund, das Betreuungsgeld zu streichen. Die rund 300 Millionen Euro, die dafür in 2013 veranschlagt worden sind und die etwa 1,2 Milliarden Euro, die in 2014 aus staatlichen Mitteln bereit gestellt werden sollen, sind nach Überzeugung des Verbandes besser im Kita- und Krippenausbau investiert.

Veronica Sina

Bündnis gegen Herdprämie

Ein parteiübergreifendes Bündnis sammelt Unterschriften gegen das Betreuungsgeld.

Die Aktion, die unter anderem von der SPD, den Grünen und der Linken initiiert wurde, setzt sich dafür ein, dass das Geld nicht für den Zuschuss, sondern für den Ausbau von Kita-Plätzen verwendet wird. Mit den Unterschriften wird die Bundesregierung aufgefordert, das Betreuungsgeld im Bundestag abzulehnen und stattdessen mehr und bessere Kinderbetreuungsangebote zu schaffen.

Auch der Sozialverband Deutschland (SoVD) lädt dazu ein, sich an der Unterschriftenaktion zu beteiligen. Unterzeichnet werden kann online unter: www.neinzumbetreuungsgeld.de.

Foto: Fotofreundin/fotolia

Das geplante Betreuungsgeld gefährdet laut nationalem Bildungsbericht den Ausbau von Kindertagesstätten und Krippen. Dadurch werden Kinder, die weder durch ihre Eltern gefördert werden, noch eine Kita besuchen können, hinsichtlich ihrer Bildungschancen doppelt benachteiligt.